

Und es gibt ihn doch

Vertrag regelt die Anhörung des Ortsrats Oedeme in Schulfragen – Oberbürgermeister bestritt die Gültigkeit



Im Recht: Christel John. Foto: t&w

us Lüneburg. Der Hinweis, den Oedemes Ortsbürgermeisterin Christel John in der jüngsten Ortsratssitzung ansprach, hätte Oberbürgermeister Ulrich Mädge ziemlich in die Bredouille bringen können. In der Diskussion über den Zugang Lüneburger Schüler zum Gymnasium Oedeme beklagte John, dass der Ortsrat vor der Entscheidung von Stadt und Landkreis, die Schülerströme in der Region neu zu regeln, nicht vorab eingebunden worden sei.

„Das aber ist zwischen Oedeme und Lüneburg im Zuge der Eingemeindung Oedemes so vereinbart worden“, sagte John und berief sich auf entsprechende Passagen aus dem 1974 geschlossenen Vertrag. Doch Mädge bügelte ab, mit den Worten „der ist nicht mehr gültig“ war für ihn das Thema vom Tisch. Zu Unrecht, wie sich jetzt im Nachgang herausstellte. „Der Vertrag hat weiterhin seine Gültigkeit“, erklärte Dr. Henry Ahrens, Leiter des Bü-

ros des Oberbürgermeisters, auf LZ-Nachfrage. Darin heißt es gleich im ersten Absatz: „Vor Entscheidungen in Angelegenheiten, die die Schulplanung für die Ortschaft betreffen, wird die Stadt Lüneburg den Ortsrat hören.“

Warum die Stadt diesen Weg nicht gegangen ist, kann Christel John nicht nachvollziehen. „Wir haben doch die Ortsräte genau dafür, dass wir informiert und eingebunden werden“, sagt sie. Deshalb habe sie auch noch

am selben Tag, an dem sie vom Oberbürgermeister über dieses Thema informiert worden ist, zur Ortsratssitzung eingeladen. „Auch mit Herrn Dr. Rehbein war das abgestimmt“, sagt John. Das war am 21. Januar, doch bereits fünf Tage später verkündeten Mädge und Landrat Manfred Nahrstedt die Neuregelung in der LZ – ohne, dass der Ortsrat gehört worden war.

„Ich verstehe dieses Vorgehen nicht. Es wird doch immer wieder betont, wie wichtig es

ist, transparent zu verfahren und alle Beteiligten einzubinden“, sagt John. Nach dem jetzt im Kreistag getroffenen Beschluss zur Lenkung der Schülerströme hofft sie nun, dass Eltern frühzeitig über die Angebote an allen Lüneburger Gymnasien informiert werden. „Ich bin fest davon überzeugt, dass viele Eltern sich von den Vorzügen auch der anderen Gymnasien überzeugen lassen. Das Losverfahren kann ja keine Dauerlösung sein.“

Geldspritze für die Jugend

Bundesprogramm bringt 55 000 Euro im Jahr

mm Lüneburg. Um den Schulabschluss musste nicht lange gerungen werden: Stadt und Stadtjugendring haben jetzt im Lüneburger Rathaus einen Partnerschaftsvertrag unterzeichnet. Denn gemeinsam wollen sie das Bundesprogramm „Demokratie leben – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ umsetzen. Bis Ende 2019 sollen jährlich 55 000 Euro in die Kasse fließen. Mit dem Geld soll beispielsweise ein außerschulisches Jugendparlament finanziert werden. Doch nicht nur dafür gibt es Starthilfe.

„Wir wollen endlich Jugendliche beteiligen, die das bestehende Angebot noch nicht erreicht“, sagt Jannis Gerling, Vorsitzender des Stadtjugend-

rings. Dazu zählten Jugendliche aus bildungsschwachen Verhältnissen oder auch mit Migrationshintergrund. Bis spätestens Ende 2015 soll etwa eine zentrale Plattform geschaffen werden, über die sich jeder Jugendliche über Angebote informieren kann. Daraus soll im Internet eine interaktive Kommunikations- und Publikationsmöglichkeit für Jugendliche und ihre Projekte wachsen. Durch ständige Beratung und Begleitung von Mentoren sollen engagierte Jugendliche ihre eigenen Projekte entwickeln.

„Das Geld ist sogar wenig, wenn man bedenkt, welche und wie viele Maßnahmen gefördert werden müssen“, sagt Björn Adam, ebenfalls Vorsitzender des Stadtjugendrings. Denn in

2015 soll auch ein Jugendparlament etabliert werden, zumindest die Einrichtung soweit vorbereitet sein, dass diese spätestens im zweiten Förderjahr besteht.

Für die Koordinierung der einzelnen Maßnahmen wird beim Stadtjugendring eine zusätzliche Mitarbeiterstelle geschaffen. Kostenpunkt: 25 000 Euro im Jahr. Auch wurde ein Begleitausschuss eingerichtet, in dem etwa Vertreter der Stadt, aus Jugendverbänden, von Schulen, Uni und Stadtjugendring sowie andere jugendliche Teilnehmer Platz nehmen. „Wir sind gut aufgestellt und können mit der Arbeit nun an die erfolgreiche Jugendversammlung aus dem letzten Jahr anknüpfen“, sagt Angela Lütjohann, Bereichsleiterin Soziale Dienste bei der Stadt.

Bereits 2014 hatte der Stadtjugendring eine breite Kampagne für mehr Jugendbeteiligung gefahren. Unter dem Motto „Jugend für Jugend – Jetzt reden Wir“ wurden Ideencamps im Stadtgebiet und in den Schulen aufgeschlagen. Jugendliche konnten Wünsche und Ideen äußern, wie sie ihr Lebensumfeld gestalten würden. Dazu führten die Jugendlichen auch Interviews mit den Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl im Mai 2014.

Im Herbst tagte dann die erste Lüneburger Jugendversammlung. Durch die Bundesförderung könnte die nun öfter einberufen werden. Das nächste Treffen ist schon für Mitte des Jahres geplant.



Heiner Scholing (2.v.l.) und Franz-Josef Kamp stellten die Themen vor, Andrea Schröder-Ehlers (r.) und Miriam Staudte moderierten den Abend im Gasthof Lim's. Foto: us

Noch viele Baustellen

SPD und Grüne stellen neues Schulgesetz für Niedersachsen vor

us Lüneburg. Zweieinhalb Stunden hatten sich die vier Politiker von SPD und Grünen Zeit genommen. Was sie den rund 100 Gästen, die am Dienstagabend ins Gasthaus Lim's nach Erbstorf gekommen waren, mitgebracht hatten, war schwere Kost: das neue Schulgesetz für Niedersachsen. Die Landtagsabgeordnete Andrea Schröder-Ehlers (SPD), Miriam Staudte (Grüne) und Heiner Scholing (Grüne) sowie Franz Josef Kamp, SPD-Fraktionsvorsitzender im Lüneburger Kreistag, hatten sich zwar alle Mühe gegeben, den Teilnehmern die Vorzüge des neuen Gesetzes schmackhaft zu machen. Doch am Ende blieben nicht nur viele Fragen offen, auch die beiden Lager im Publikum – Bewahrer wie Erneuerer – schienen in altbewährter Skepsis zu verharren. Vielleicht oder gerade deshalb, weil es eigentlich auch gar nichts mehr zu diskutieren gab, denn das Gesetz soll noch vor der Sommerpause verabschiedet werden.

„Wir wollen weniger Stress in den Schulen“, betonte Heiner Scholing gleich mehrfach am Abend. Denn sowohl die Abschaffung von Schulnoten, der Wegfall der Schullaufbahneempfehlung, die Wiedereinführung des Abiturs nach neun Jahren, die Erweiterung der Ganztagschulen oder der Ausbau der Gesamtschulen solle vor allem diesem Ziel dienen.

„Ein wichtiger Schritt dabei war, die Hürden zur Gründung von Gesamtschulen aus dem Weg zu räumen“, erläuterte Scholing, der auch Vorsitzender des Kultusausschusses ist.

Künftig soll deshalb den Schültern ermöglicht werden, ihre Schullaufbahn so zu gestalten, „wie es die regionalen Gegebenheiten und der Elternwunsch vor Ort erfordern“. Zudem sollen Schulträger künftig von der Pflicht befreit werden, neben der Gesamtschule noch weitere Schulen des gegliederten Schulsystems vorzuhalten, sofern Schulträger und Eltern das wünschen. Im Publikum führte dies zu dem Hinweis, dass ein solch gravierender Eingriff doch wohl Aufgabe des Kultusministeriums sein müsse, außerdem würde dies der Beginn zur Abschaffung der Gymnasien bedeuten. „Wir haben eine Übergangsquote von mehr als 50 Prozent, die an die Gymnasien streben“, sagte Scholing dazu. „Welcher Politiker würde ernsthaft dagegen Politik machen wollen?“ Vielmehr zeichne sich in Niedersachsen ein Zweisäulen-System ab mit Gymnasien auf der einen und integrativen Schulen auf der anderen Seite. Allerdings, so Scholing, sei bislang die integrative Seite noch deutlich benachteiligt.

Mit der Abschaffung der Schullaufbahneempfehlung soll das frühzeitige Aussortieren von Schülern verhindert und der „unnötige Druck“ in den Grundschulen abgebaut werden. Die Abschaffung der Schulnoten sei nur für die Grundschulen vorgesehen, derzeit aber noch kein Thema. Ihnen soll die Umsetzung aber freigestellt werden.

Mehr Zeit und weniger Stress auch für die Gymnasiasten durch Wiedereinführung des Abiturs nach 13 Schuljahren.

„Die Menge des Unterrichtsstoffs bleibt dieselbe, verteilt sich jetzt aber auf die Klasse 5 bis 11 statt bisher 5 bis 10“, sagte Scholing. Veränderungen auch bei den Ganztagschulen. Statt „Ganztagschule light“, wie Franz-Josef Kamp die bisherige Form bezeichnete, soll es künftig eine „gute Ganztagschule“ geben. Dafür habe man die Ressourcen von 25 auf 75 Prozent des erforderlichen Bedarfs erhöht. Wie die Umsetzung konkret aussehe, wollte ein Teilnehmer wissen, ein anderer fragte, wie die Busverbindungen bei einer teilgebundenen Ganztagschule aussehen. „Das entscheidet der Schulträger“, antwortete Kamp. Gegen die „Rhythmisierung“ des Unterrichts, die ebenfalls mit der neuen Ganztagschule eingeführt werden soll, wandte eine Teilnehmerin ein, Kinder wollten nachmittags auch mal zu Hause sein und Ruhe haben: „Viel Zeit bleibe bei zumutbaren Strecken von 75 Minuten pro Strecke dann ohnehin nicht mehr.“

Zu wenig Personal, zu wenig Geld und zu lange Wartezeiten bei erforderlichen Gutachten waren die Punkte, die beim Thema Inklusion zur Sprache kamen. Eine Klarstellung gab es dabei auch: „Alle Förderschulen außer Lernen bleiben weiterhin anwählbar“, versicherte Kamp. Und Heiner Scholing ergänzte: „Es bleiben noch viele Baustellen.“

Das neue Schulgesetz wird auch Thema einer Podiumsdiskussion sein, die der Schulleiternrat Lüneburg am 7. Mai veranstaltet.



Zur Umsetzung des Bundesprogramms haben Stadt und Stadtjugendring einen Partnerschaftsvertrag geschlossen. Angela Lütjohann, Bereichsleiterin Soziale Dienste, und Björn Adam (vorne r.), Vorsitzender des Stadtjugendrings, unterzeichneten ihn. Mitwirkende sind auch Hubertus Heinrich (hinten r.), Partizipationsbeauftragter der Stadt, und Jannis Gerling vom Stadtjugendring. Foto: t&w

Alles rund um die Ausbildung

Arbeitsagentur hilft Jugendlichen bei Vorbereitung auf Bewerbungen

lz Lüneburg. Die Arbeitsagenturen im Bezirk Lüneburg-Uelzen haben sich mit verschiedenen Aktionen an der bundesweiten Woche der Ausbildung beteiligt. Während einige Veranstaltungen sich gezielt an Jugendliche richteten und sie auf das Bewerbungsverfahren vorbereiteten, wurden in anderen Regionen Jugendliche direkt in potenzielle Ausbildungsbetriebe gebracht.

In Lüneburg bot Vanessa Densow, Ausbildungsakquisiteurin der Agentur, mit den Teams von Berufsberatung und Arbeitgeber-Service ein Bewerbungstraining an. Die Berufswahl ist eine wichtige Phase für Jugendliche und das Vor-

stellungsgespräch eine aufregende Angelegenheit. Mit dem Coaching bereitete Densow gut zehn Jugendliche darauf vor. „Wir haben gezielt die persönlichen Stärken herausgearbeitet und typische Fragen während eines Vorstellungsgesprächs beleuchtet“, so Densow. Außerdem erhielten die angehenden Berufsstarter während eines Rollenspiels praktische Tipps zur Körpersprache.

„Wir möchten möglichst allen Jugendlichen eine Ausbildung anbieten oder ihnen den Weg dorthin ebnen“, sagt Inge Schlote, Bereichsleiterin bei der Agentur. In ihr Ressort fällt auch die Berufsberatung und so appelliert sie an die Unter-

nehmen, freie Ausbildungsstellen rechtzeitig an die Agentur zu melden, denn je breiter das Ausbildungsstellenangebot ist, desto besser sind die Chancen, dass Unternehmen und Jugendliche zueinander finden. „Ausbildung lohnt sich für beide Seiten“, betont Schlote. Für die Jugendlichen ist die Ausbildung ein wichtiger Grundstein für den Einstieg ins Berufsleben, denn Menschen mit einem Berufsabschluss sind seltener von Arbeitslosigkeit betroffen. Unternehmen sichern sich mit Ausbildung passgenauen Nachwuchs für ihren Betrieb. „Wer ausgebildet, macht sich unabhängiger vom Fachkräfteangebot auf dem Arbeitsmarkt.“